

Es informiert Sie	Holger Müller
Telefon (0202)	563 7425
Fax (0202)	563 8022
E-Mail	holger.mueller@stadt.wuppertal.de
Datum	24.04.2012

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/2386/12) am 19.04.2012

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Herrn Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Lüpken:**

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Buntrock , Herr Burkhard Josef Buse , Herr Daniel Eichler , Frau Eva Rösener , Herr Lars Schäfers , Herr Ralf Wagener ,

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert , Herr Ulrich Ippendorf , Herr Winfried Schrahe , Herr Andreas Zenz ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Cornelia Krieger , Frau Sylvia Meyer ,

von der FDP

Frau Charlotte Weilbrenner ,

von DIE LINKE

Frau Monika Altmann ,

von der WfW

Frau Kirsten Kroll ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Volker Dittgen ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Dieter Verst ,

Schriftführer

Herr Holger Müller

von der Bezirksdienststelle der Polizei

Herr van Heynsbergen

Nicht anwesend sind:

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Marcel Simon ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Lorenz Bahr-Hedemann , Herr Karlheinz Emmert , Frau Sanda Grätz , Herr Hans-Jörg Herhausen , Herr Ralf Otto Jacob , Frau Angela Priggert , Frau Maria Schürmann , Herr Bernhard Simon , Herr Manfred Todtenhausen ,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß ,

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Herr Lüppken begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Er kündigt an, dass Herr Mokoß vom Förder- und Betreiberverein Pro Mirke e. V. im Anschluss an die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Gelegenheit geben werden soll, über die Tätigkeit des Vereins zu berichten.

1 Berichte und Mitteilungen

01. Fertigstellung Hermann-Ehlers-Straße
- Mitteilung 104.72 vom 15.03.2012 –

02. **Sondersportanlage – Kunstrasenspielfeld Norkshäuschen**
- **Bürgerschreiben vom 14.03.2012 –**
- **Stellungnahme 208.2101 vom 18.04.2012 -**

Frau Ebert betont das Recht der kleineren/jüngeren Kinder, dort spielen zu dürfen, und fragt, ob die Polizei dort ab und zu vorbeischauen könnte.

Herr van Heynsbergen wird in diesem Sinne mit seinem Kollegen sprechen, der in der Nähe wohnt.

Herr Wagener spricht sich für die Anbringung des Schildes (Eingrenzung der Nutzung des Bolzplatzes für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre einschließlich) gem. der Stellungnahme des Ressorts 208 aus. Die Einhaltung müsste kontrolliert werden.

03. Verkehrssituation Ibacher Mühle
- Antwort 104.11 vom 19.03.2012 auf Bürgerschreiben–

04. **Öffnungszeiten Stadtbad Uellendahl, Röttgen 149**
- **Stellungnahme 209.2 vom 16.03.2012 –**

Frau Weilbrenner möchte wissen, welche Kosten durch den Umzug der Stadtteilbibliothek in das Stadtbad Uellendahl entstehen, auch in Relation zu den Mietkosten am jetzigen Standort. Immerhin wären die neuen Räume kleiner und für Besucher nicht so gut zugänglich.

05. Mängelbeseitigung Stadtbad Uellendahl
- Stellungnahme 209.2 vom 27.03.2012 –

06. ÖPNV Anbindung Eckbusch bei winterlichen Extremsituationen
- Mitteilung WSW mobil vom 26.03.2012 –

07. Stadtteilbibliothek Uellendahl / Stadtbad Uellendahl
- Mitteilung 214 vom 27.03.2012 –

08. Abstandsflächen zum Mirker Hain
- Mitteilung 105.2 vom 28.03.2012 –

09. Wiederherstellung von Fahrbahndecken
- Mitteilung 104.2 vom 30.03.2012 –

**10. Bezirksbezogener HH-Ansatz Uellendahler Straße
- Mitteilung 104.21 vom 29.03.2012 –**

Frau Ebert weist darauf hin, dass diese Maßnahme – zumindest tlw. – auch in den Stadtbezirk Elberfeld fällt.

**11. Bezirksbezogener HH-Ansatz Stützmauer Mirke
- Mitteilung 104.6 vom 03.04.2012 –**

Frau Ebert stellt fest, dass diese Maßnahme nicht den Stadtbezirk Uellendahl-Katernberg betrifft, sondern ausschließlich auf Elberfelder Gebiet liegt.

Die Mitteilung soll daher an die BV Elberfeld weitergeleitet und im Haushalt eine entsprechende Korrektur vorgenommen werden.

**12. Geschwindigkeitsdisplay Vogelsangstraße
- Bericht 104.11 vom 29.03.2012 –**

**13. Bushaltestelle Uellendahler Straße
- Bericht 104.11 vom 29.03.2012 -**

2 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Frau Weilbrenner beklagt, dass die Nahversorgung durch Schließung von Geschäften im Einkaufszentrum Röttgen immer schlechter werde. Trotz größter Anstrengungen hätten dadurch die verbliebenen Geschäfte immer weniger Kunden. Sie möchte wissen, ob die Stadt etwas dazu beitragen könne, dass dort wieder „Leben hineinkomme“.

2. Herr Schäfers kommt noch einmal auf den bezirksbezogenen HH-Ansatz „Verkehrsberuhigung Am Elisabethheim“ zu sprechen. Vor einigen Jahren seien dort mit eher mäßigem Erfolg Bauminseln entstanden. Trotzdem führen dort weiterhin Lkw zum Nevigeser Industriegebiet durch, tlw. Sogar mit hoher Geschwindigkeit. Er fragt daher, ob weitere Verbesserungen möglich wären.

Herr Müller berichtet, die aufgeführte Maßnahme sei seinerzeit vorgezogen worden und werde aus dem Haushaltsentwurf voraussichtlich wieder herausgenommen. Jedenfalls plane die Stadt keine neue Maßnahme.

Herr Lüppken verweist auf viele Beratungen zu diesem Thema in der Bezirksvertretung über Jahre hinweg. Die Bauminseln seien auf Vorschlag der Anwohner entstanden. Das Problem liege z. T. in den Navigationsgeräten für Lkw, deren Hersteller seinerzeit auch angeschrieben worden seien. Nur setzten sich die Lkw-Fahrer offenbar darüber hinweg oder benutzten Pkw-Navigationsgeräte. Darüber hinaus stehe am Beginn der Straße ein großes Schild mit einem Durchfahrtsverbot für Lkw, außer für Lieferverkehr.

Herr van Heynsbergen bestätigt aus eigener Anschauung, dass die Straße weiterhin von Lkw benutzt werde, wenn auch nicht unbedingt mit hoher Geschwindigkeit. Er selbst habe schon verschiedentlich Fahrer angesprochen.

Frau Weilbrenner hat bisher dort kein Durchfahrtsverbotsschild für Lkw wahrgenommen und fragt nach dem genauen Standort. Sie regt an, ggf. auf der Nevigeser Straße ein Geradeaus-Fahrgebot für Lkw einzurichten.

Herr Lüppken fasst zusammen, die Verwaltung werde gebeten, die Situation erneut zu prüfen und der Bezirksvertretung ggf. Verbesserungen vorzuschlagen.

3. **Herr Schäfers** bittet die Verwaltung um Prüfung der immer weiter abbröckelnden Fahrbahndecke in der Vogelsangstraße in Höhe des Zusammenflusses der drei kleinen Bäche aus dem Mirker Hain.

4. **Frau Rösener** macht auf das beidseitige Abbrechen der Fahrbahndecke Am Langen Bruch in Höhe Haus Nr. 85 aufmerksam. Dort lägen große Teerbrocken herum.

Ferner spricht sie den schlechten Zustand des ehem. Schulgebäudes Kohlstraße an. Sie wird darin von **Frau Weilbrenner** unterstützt. Das Grundstück sei total vermüllt; Steine würden auf und in das Gebäude geworfen. Es wird nach dem Stand der Pläne für die Neubebauung gefragt.

Schließlich fragt sie nach der Neubebauung an der Lübecker Straße. Dort sei bisher nur ein einziges Haus errichtet worden.

5. **Frau Weilbrenner** fragt nach der Bebauung auf dem ehem. Kindergartengelände der Ev. Kirche Röttgen. Das Bauschild sei entfernt worden, es passiere nichts, und das Grundstück vermülle zusehends.

6. **Herr Lüppken** bittet um Auskunft zum Stand des Verkaufs von Grundstücken Am Krüppershaus. Die vor einiger Zeit von der AWG dort beseitigte Müllhalde drohe erneut zu entstehen.

Ferner spricht er den Wertstoffcontainerstandort Am Dönberg an, der ebenfalls erneut völlig vermüllt sei. Sogar Fahrzeuge aus anderen Orten seien dort beim Abladen von Müll gesehen worden, und es habe sich auch schon Bauschutt dort angesammelt. Er bitte um Vorschläge, wie hier Abhilfe geschaffen werden könnte.

3 **Angelegenheiten des Jugendrates**

entfällt

4 **Entwurf des Haushaltssanierungsplans 2012 - 2021** **Vorlage: VO/0100/12**

Frau Krieger wundert sich, dass in der Bezirksvertretung diesmal über den gesamten Haushaltsentwurf beraten werden soll. Sie bittet, die freien Mittel der Bezirksvertretung wieder um die gekürzten 4.180 € aufzustocken. Dies sei für die Bezirksvertretung die einzige Möglichkeit, auch mit finanziellen Mitteln im Bezirk etwas bewirken zu können. Weiterhin bittet sie - unter Verweis auf den Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache VO/0202/12 – die geplanten Kürzungen zurückzunehmen bzw. die Lasten anders zu verteilen. Im Endeffekt würden Einsparungen in gleicher Höhe erreicht.

Herr Lüppken weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung lediglich Empfehlungen abgeben kann. Die Beschlusskompetenz für den Haushalt liege beim Rat der Stadt.

Frau Ebert macht deutlich, in der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt könne die Bezirksvertretung sowieso keine tiefgreifenden Änderungen bewirken. Die SPD-Fraktion akzeptiere daher die Änderungsvorschläge in dem gemeinsamen Antrag der haushalttragenden Fraktionen im Rat der Stadt.

Frau Weilbrenner erinnert daran, dass in der Vergangenheit immer wieder darum gebeten worden sei, den Haushalt in den Bezirksvertretungen zu beraten, damit diese zumindest informiert seien. Sie verweist im Übrigen auf den Antrag der FDP-Ratsfraktion, mit dem u. a. vorgeschlagen werde, die Zahl der Bezirksvertretungen auf sechs und auch die Zahl der Ratsmitglieder zu reduzieren.

Herr Buntrock schließt sich für die CDU-Fraktion den Worten von Frau Ebert an. Die beiden Ratsfraktionen von CDU und SPD hätten mit ihrem Änderungsantrag gute Arbeit geleistet.

Herr Verst merkt zu den Spielplätzen an, dass hier Einsparungen ab 2016 eingeplant seien. In jedem Einzelfall werde zu gegebener Zeit die betroffene Bezirksvertretung vorher angehört, denn eine derartige sei zustimmungspflichtig.

Frau Meyer kündigt an, die Grünen würden sich bei der Abstimmung enthalten, wegen noch bevorstehender Gespräche mit den Ratsfraktionen von CDU und SPD.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Drucks. VO/0202/12 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie bei 2 Enthaltungen der Linke und der WfW)

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Auf der Grundlage des § 6 Abs. 1 des Stärkungspaktgesetzes vom 8. Dezember 2011 wird der am 13. Februar 2012 in den Rat der Stadt eingebrachte Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021 beschlossen, und zwar unter Berücksichtigung des gemeinsamen Änderungsantrags der Ratsfraktionen von CDU und SPD in Druckache VO/0146/12.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 1 Gegenstimme der Linke und 3 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

5

Entwurf des Haushaltsplans 2012/2013 Vorlage: VO/0097/12

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Haushaltsplan 2012 / 2013 wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen zum Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (bei 5 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP, der Linke und der WfW)

5.1 Bezirksbezogene Haushaltsansätze

Herr Lüppken fasst noch einmal die unter TOP Berichte und Mitteilungen bereits erfolgten Hinweise zu den bezirksbezogenen HH-Ansätzen zusammen:

1. Die Maßnahme zur Verkehrssicherheit Am Elisabethheim wurde vorgezogen und ist bereits durchgeführt (Ansatz höchstens nachrichtlich)
2. Die Tiefbaumaßnahme Stützmauer Mirke fällt komplett in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksvertretung Elberfeld
3. Die Tiefbaumaßnahme Uellendahler Straße betrifft abschnittsweise auch den Stadbezirk Elberfeld

Herr Schäfers hält es für wenig schlüssig, den Bezirksvertretungen die Freien Mittel zu kürzen, wenn andererseits die Strukturen bzw. die Zahl der Bezirksvertretungen bestehen bleiben sollen. Der Rat der Stadt sollte dies im Wege der Beratung der Änderungsanträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP noch einmal prüfen.

Herr Lüppken macht deutlich, der Rat der Stadt habe die Nicht-Reduzierung bereits im vergangenen Jahr beschlossen. Bei Veränderung von Einsparungsvorschlägen erwarte der Stadtkämmerer Kompensationsvorschläge.

Frau Weilbrenner hofft auf eine politische Entscheidung im Rat der Stadt, unabhängig von den Vorstellungen des Stadtkämmerers.

Herr Buntrock verweist auf den Kooperationsvertrag mit der SPD-Ratsfraktion, in dem die Reduzierung der Zahl der Bezirksvertretungen ausgenommen sei. Das bedeute jedoch nicht, dass diese Diskussion nicht noch einmal geführt werden müsse, wenn man glaubhaft sparen möchte. Die CDU-Fraktion sei im Prinzip immer für eine Verkleinerung des Rates und Reduzierung der Bezirksvertretungen gewesen. Und zwar ohne die Kompetenzen der Bezirksvertretungen zu beschneiden, sondern anders zu verteilen.

Herr Lüppken verdeutlicht, die von der Verwaltung vorgeschlagene Einsparung bei den Freien Mitteln bewege sich auf dem gleichen Niveau wie in den letzten 2 Jahren.

Frau Meyer wünscht die Anhebung der Freien Mittel auf den ursprünglichen Ansatz. Deckungsvorschläge fänden sich sowohl in dem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD als auch dem Änderungsantrag der Grünen zum Haushaltssanierungskonzept. Dies sei für die Bezirksvertretungen die einzige Möglichkeit, auch in finanzieller Hinsicht politische Unterstützung für stadtteilbezogene Projekte zu geben.

Herr Zenz stellt klar, die Handlungsfähigkeit der Bezirksvertretung leite sich für ihn nicht allein von den Freien Mitteln ab. Sie sei auch ansonsten in der Lage, verantwortungsvoll Beschlüsse zu fassen.

Herr Lüppken stellt fest, dass die gegebenen Anregungen an die nachfolgenden Gremien zur Entscheidung im Rat der Stadt weitergeleitet werden.

6 Fahrbahnerneuerung Opphofer Straße / Weinberg
Vorlage: VO/0154/12

Frau Krieger beantragt, im Rahmen der Fahrbahnerneuerung Radfahrstreifen anzulegen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Die Fahrbahnerneuerung Opphofer Straße / Weinberg zwischen BAB 46 und Bornberg wird mit Gesamtkosten von 530.000 € beschlossen.
2. Es wird gebeten, im Wege der Fahrbahnerneuerung Radfahrstreifen anzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7 Straßenbaumaßnahmen im Bezirk
Vorlage: VO/1066/12

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012:

Der vorgesehenen Maßnahme Kohlstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

8 Durchführungsbeschluss Katernberger Straße - Stichweg
Vorlage: VO/1092/12

Herr Zenz war zunächst darüber irritiert, dass das Ergebnis des Ortstermins nicht in der Drucksache wiedergegeben ist. In der Vorlage werde weiterhin davon ausgegangen, dass das Zustandekommen einer Ablösevereinbarung unwahrscheinlich sei. Die Verwaltung sei aber doch bereit, den Anwohnern eine Kostenaufstellung zu einer Ablösevereinbarung alternativ bezogen auf die kleine und auf die große Lösung zukommen zu lassen. Es sollte auf jeden Fall dokumentiert werden, dass die Stadt dazu auch gehalten ist.

Herr Buntrock weist darauf hin, dass eine Vereinbarung von allen Anliegern unterzeichnet werden müsste. S. E. werde dies jedoch von mindestens einem Anlieger nicht erfolgen. Es sei wichtig, einerseits die lt. Drucksache geplante Baumaßnahme endlich durchführen zu können. Andererseits müsse die Zusage der Verwaltung eingehalten werden, die Kostenaufstellungen zukommen zu lassen.

Herr Müller teilt mit, Herr Pelz habe diese zwei alternativen Kostenaufstellungen aus Urlaubs- bzw. Krankheitsgründen nicht bis zur heutigen Sitzung erstellen können, werde diese jedoch zur nächsten Sitzung vorlegen.

Frau Krieger spricht von mindestens drei unterschiedlichen Strömungen unter den Anliegern bei dem stattgefundenen Ortstermin. Die Stadt sollte denjenigen

helfen, die derzeit nicht genügend zahlungsfähig seien, beispielsweise mit Einräumung von Stundung oder Ratenzahlung.

Herr Lüppken macht darauf aufmerksam, dass die Fachverwaltung zur Fertigstellung angehalten worden sei, mit dem Ziel, Erschließungsbeiträge erheben zu können.

Frau Rösener spricht sich für eine Vertagung aus, bis die Gegenüberstellung der Kosten vorliegt, um keinen weiteren Unmut bei den Betroffenen zu schüren.

Frau Weilbrenner schließt sich dieser Argumentation an. Grundsätzlich bittet sie, die Erschließungsbeiträge künftig durch entsprechende Maßnahmen zeitnaher abzurechnen. Es gebe eine Reihe anderer Fälle, in denen die Entstehung der Kosten bis zu 20 Jahre zurückliege, was bei den Zahlungspflichtigen immer wieder zu Unverständnis führe.

Herr Lüppken betont, es gehe hier nicht darum, den Beschluss „durchzupeitschen“. Vielmehr hätten sich die Verwaltung und auch die Bezirksvertretung sehr viel Mühe gegeben und die Anwohner in deren Sinne sehr stark zu Wort kommen lassen.

Herr Buntrock unterstreicht dies mit dem Hinweis, dass die Verwaltung den Anwohnern durch Vorschlag der Minimallösung sehr entgegengekommen sei. Im Grunde sei der betriebene Aufwand unverhältnismäßig; es könnten sicherlich nicht für jede fertiggestellte Stichstraße vier bis fünf Termine gemacht werden. Bzgl. der finanziellen Probleme von Betroffenen gebe es immer Möglichkeiten, diese fallbezogen entsprechend abzumildern.

Herr Zenz betont, der Durchführungsbeschluss sehe einen Mindest-Ausbauzustand vor, durch den auch das letzte dortige Grundstück erschlossen sei. Im Ortstermin sei die Verwaltung den Anliegern noch einmal sehr entgegengekommen. Straße und Beleuchtung seien weiterhin provisorisch und müssten zu einem späteren Zeitpunkt erneuert bzw. ausgebaut werden. Ferner seien Anwohner der Meinung, dass auch die Entwässerung der „2. Sackgasse“ in dem Bereich keinen Endausbauzustand darstelle. Die angestrebte Ablösevereinbarung sollte ihren formalen Abschluss finden, zur Absicherung für alle Beteiligten / Betroffenen. Dazu sollte wenigstens die Minimallösung durchgeführt werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 19.04.2012:

Die Durchführung von Maßnahmen zur Fertigstellung des zwischen den Grundstücken Katernberger Str. 274 und 250 abzweigenden Stichwegs sowie zur Instandsetzung der unbefestigten Parkflächen am Ende des Stichwegs wird zu Gesamtbaukosten in Höhe von 11.000 € beschlossen, und zwar unter der Voraussetzung, dass die Verwaltung sich weiterhin darum bemüht, mit den Anliegern eine Ablösevereinbarung zu treffen und der Bezirksvertretung anschließend darüber berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.